

Rede zur aktuellen Debatte – Zwischen Einnahmeeinbrüchen und Ausgabenzwängen – Perspektiven der Finanzlage der Kommunen –



Manfred Groh, MdL

Abg. Manfred Groh CDU: Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere heutige aktuelle Debatte beschäftigt sich, wie schon gesagt, mit den Einnahmeeinbrüchen und den Ausgabenzwängen auf kommunaler Ebene.

Um es vorweg zu sagen, Herr Dr. Rülke: Über eine tief greifende Reform der Gewerbesteuer können wir jederzeit reden. Es ist aber sicherlich auch zu früh, bereits heute erste Pflöcke für die Neuordnung der Gemeindefinanzen einzuschlagen.

Dass die Kommunen eine Verstetigung ihrer Einnahmen befürworten, ist angesichts der Höhen und Tiefen ihrer Haushalte nachvollziehbar. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, ist es der CDU-Fraktion aber auch wichtig, dass die ertragsunabhängigen Elemente der Gewerbesteuer nicht in dem Maß wie bisher fortgeführt werden. Diesen Spagat gilt es zu meistern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission wird sich zunächst eingehend mit den hierzu vorgeschlagenen Modellen beschäftigen. Die Modelle sind Ihnen alle bekannt: Es gibt das Zuschlagsmodell nach dem Koalitionsvertrag, das Modell der Stiftung Marktwirtschaft und das Kommunalmodell. Es gilt jetzt, diese Modelle sehr intensiv zu untersuchen. Ziel muss dabei sein, dass sich die Kommunen in Baden-Württemberg in einer Gesamtbetrachtung nicht schlechterstellen als bislang, dass dies aber auch nicht zu größeren Verwerfungen in der Finanzverwaltung und in der Finanzverteilung unter den Kommunen im Land führt und vor allem, dass das Land nicht für Ausfälle, die auf Bundesebene beschlossen werden, einspringen muss.

Auf ein schier unlösbares Grundsatzproblem bei jeglicher Variante der Steuerverteilung möchte ich gleich anfangs unserer Debatte hinweisen: Das ist die Wohnsitzregelung. Seit Jahrzehnten richtet sich die Steuerverteilung nach dem Wohnsitz des Steuerpflichtigen und führt u. a. bei großen Städten mit ihren Umlandgemeinden zunehmend zu Problemfeldern. Dabei vermag auch die sogenannte Gewichtung der Städte im kommunalen Finanzausgleich nur wenig Abhilfe zu schaffen. Noch größer allerdings sind die Probleme in den Grenzbereichen zu anderen Ländern.

Ziel der Kommission muss eine Aufgabenkritik sein. Es kann und darf nicht sein, dass den Kommunen immer neue Aufgaben ohne ausreichende Finanzmittel zugewiesen werden.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Insoweit stehen sowohl der Bund als auch das Land in der Pflicht.

Nach dem Konnexitätsprinzip, das die Kommunen in Baden-Württemberg zu Recht schützt, gilt, dass derjenige, der bestellt, zu bezahlen hat. Die Fragen, die sich aber bei jeder staatlichen Aufgabe stellen, sind die, ob man diese Funktion tatsächlich noch benötigt und ob man das bislang Bestellte auch künftig noch haben muss. Gerade die Arbeitsgruppe „Standards“, die vom Bundesfinanzministerium geleitet wird, soll hier Entlastungsmöglichkeiten auf der Ausgabenseite prüfen.

Bei der Reduzierung der Standards mit dem Ziel einer Entlastung der Kommunen wird man auch den Sozialbereich zu prüfen haben. Herr Dr. Rülke, Sie haben gerade darauf hingewiesen. Gleiches gilt auch für andere Themenfelder, die die Kommunen in den letzten Jahren zusätzlich übernommen haben. Bei der Schaffung gesetzlicher Rechtsansprüche ist stets die Leistungsfähigkeit der Kommunen mit einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, die Realsteuern – das sind die Gewerbesteuer und die Grundsteuer – verkörpern kraft ihrer Ausgestaltung die kommunale Selbstverwaltung schlechthin. Zum einen haben die Kommunen ein Hebesatzrecht, können also diese Steuern in ihrer Höhe unmittelbar beeinflussen. Sie müssen sie sogar reglementieren, denn das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich geht von anrechenbaren Mindestsätzen aus. Zum anderen ist gerade mit der Gewerbesteuer kommunales Handeln eng verbunden. Es geht also um mehr als nur um die Generierung von Einnahmen; es geht um Unternehmensansiedlung, Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, um Standortsicherung und letztlich um die Finanzierbarkeit der sogenannten weichen Standortfaktoren.

Sie sehen also: Wir haben für die Kommunen auch künftig Steuereinnahmequellen zu garantieren, die ihr eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln auch adäquat entlohnen. Bei der heutigen Debatte geht es nur um eine Verstärkung der Einnahmen auf kommunaler Ebene, nicht etwa um Steuerentlastungen für Unternehmen oder Unternehmer. Das betone ich ganz besonders, um irgendwelchen Fehlinterpretationen vorzubeugen.

Allerdings, meine Damen und Herren, gehört die Gewerbesteuer zu den sogenannten volatilen Steuern. Das heißt, ihr Aufkommen ist starken Schwankungen unterworfen; es lässt sich konjunkturbedingt nur schwer kalkulieren. So sind das abgelaufene Jahr 2009 und das beginnende Jahr 2010 Belege dafür, mit welchen Steuereinbrüchen die Kommunen konfrontiert sind. Oftmals bleibt in einer wirtschaftlichen Krise mit Steuereinbußen in Höhe von bis zu 20 % nur der Weg in die Verschuldung, wenn Rücklagen aufgebraucht sind.

Ein Wort im Übrigen zu den Rücklagen: Rücklagen sind dazu da, um in schwierigen Zeiten die Lücken zu schließen.

Bei der gesamten Debatte über – durchaus wünschenswerte – Steuerentlastungen müssen wir die Auswirkungen auf unsere Kommunen sehr sorgfältig prüfen. Wir haben besonders auf Gemeindeebene ein Einnahme-, aber auch ein Ausgabenproblem. Für diesen Hinweis danke ich Ihnen, Herr Dr. Rülke, ganz herzlich; denn aus SPD-Kreisen und FDP-Kreisen wird dies manchmal etwas anders interpretiert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Da hat er recht!)

Das Land muss seiner Rolle als verlässlicher Partner der Kommunen auch bei dieser Diskussion gerecht werden. Dabei müssen wir uns ganz genau anschauen, ob und wie beispielsweise die prognostizierte steuerliche Teilrefinanzierung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz tatsächlich bei den Kommunen ankommt.

Ich persönlich könnte mir vorstellen, dass den Kommunen mit wirtschaftskraftbezogenen Steueranteilen der Weg in die Zukunft geebnet werden kann. Das betrifft zum einen eine reformierte Gewerbesteuer, die keine ertragsunabhängigen Elemente mehr enthält. Diesbezüglich darf ich aber auch nochmals betonen und festhalten, dass es zwischen der Regierung und der CDU-Fraktion keine Meinungsunterschiede gibt, was die Herausnahme ertragsunabhängiger Elemente angeht.

Weiter könnte man auch über eine Verbreiterung der Gewerbesteuer dann nachdenken, wenn die Gewerbesteuer in vollem Umfang bei der Einkommensteuer absetzbar ist. Diese Steuer wäre dann also für Ärzte, Architekten oder Rechtsanwälte neutral.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das ist doch für Personengesellschaften schon heute so!)

– Nein, nicht ganz. Beschäftigen Sie sich einmal damit, dann sehen Sie schon, wie sich das im Zweifel auswirkt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Minimal! – Weitere Zurufe von der SPD)

Alle Modelle zeigen, dass bei gänzlicher Abschaffung der Gewerbesteuer ein Ausgleich über die Lohnsteuer oder die Umsatzsteuer erfolgen muss. Deswegen ist als Ersatz eine sogenannte Gemeindeunternehmensteuer im Gespräch, mit der allerdings auch nur ein teilweiser Ausgleich geschaffen werden kann. Das Modell der Stiftung Marktwirtschaft geht im Kern von dieser Gemeindeunternehmensteuer sowie einem stärkeren Anteil an der Umsatzsteuer aus.

Bei allen Reformbemühungen spielt letztlich auch die Administrierbarkeit die entscheidende Rolle. Daran ist nämlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, so manches gut gemeinte Reformpaket schon gescheitert. Mit anderen Worten: Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Auf die Administrierbarkeit Ihrer Vorschläge bei Abschaffung der Gewerbesteuer bin ich dann, lieber Herr Kollege Rülke, besonders gespannt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir alle!)

Das wird uns noch sehr beschäftigen.

Zum Schluss möchte ich noch die Gemeinsame Finanzkommission ansprechen, die vom Land und den kommunalen Landesverbänden ins Leben gerufen wurde. Dort werden aktuelle Themen beraten. Auch dort wird ein Konsens zwischen dem Land und seinen Kommunen herbeigeführt. Dieser Konsens ist bundesweit einmalig. Wir, die CDU in Baden-Württemberg, stehen zu unseren Kommunen und sanieren uns nicht zulasten unserer Kommunen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände haben sich am 18. Oktober 2006 einvernehmlich auf eine Fortentwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen für die Jahre 2007 bis 2010 geeinigt. Ein wesentliches Ergebnis war, wie Ihnen bekannt ist, die Fortführung der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um rund 400 Millionen €. Diese Vereinbarung wurde jüngst bis Ende 2011 verlängert.

Die CDU in Baden-Württemberg steht für eine solide Haushaltspolitik. Sie steht für die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Hierzu ist es allerdings auch notwendig, die Kommunen – ein Teil der öffentlichen Hand – hinreichend mit Einnahmemöglichkeiten so auszustatten, dass sie mit ihren eigenen Einnahmen gestalten können und nicht am Tropf des Landes hängen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)